

Rechte Gewalt nimmt sprunghaft zu

REAKTIONEN Zentralratspräsidentin Charlotte Knobloch sieht den Antisemitismus in einigen Gesellschaftsschichten fest verankert. Bundestagsvizepräsident Thierse fordert die Fortsetzung der Beraterprogramme.

Berlin – Angesichts des dramatischen Anstiegs rechtsextremer Straftaten um mehr als 20 Prozent hat Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) die konsequente Fortsetzung der mobilen Beraterprogramme wie der Opferhilfen verlangt. Forderungen aus der SPD und der Linkspartei nach einem „Demokratiegipfel“ stießen allerdings bei Union und Grünen auf Widerstand.

Thierse sagte am Dienstag: „Ich richte einen flehentlichen Appell an Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU), die Bundesprogramme in ihrer Ausrichtung unbedingt fortzusetzen.“ Das, was in den vergangenen Jahren bei den Bürgerinitiativen am Ort an Kompetenzen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus entstanden sei, müsse weiter genutzt werden.

Von der Leyen will die derzeitigen Bundesprogramme nur noch bis Sommer 2007 verlängern. Für eine Neuauflage sollen die Kommunen am Ort Konzepte entwickeln. Thierse sagte dazu: „Es gibt leider Kom-

munalpolitiker, die sind auf dem rechten Auge blind.“ Deshalb könne die Entscheidung nicht allein den Kommunen überlassen. Auch Bund und Länder seien in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus weiter in der Pflicht.

Nach dem Bericht des Berliner „Tagesspiegels“ hat das Bundeskriminalamt in den ersten acht Monaten des Jahres fast 8000 rechtsextreme Straftaten registriert – gegenüber 6605 im Vorjahr. Gleichzeitig habe auch die Brutalität der Szene zugenommen. Von Januar bis August zählte die Polizei demnach bundesweit 452 rechte Gewalttaten, bei denen 325 Menschen verletzt worden seien. In den ersten acht Monaten 2005 seien es 363 Gewaltdelikte mit 302 Verletzten gewesen.

Charlotte Knobloch, die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, erklärte, die immer größere Zahl von Vorfällen zeige, „dass Antisemitismus und Rechtsextremismus in einigen Gesellschaftsschichten fest verankert sind“.

Linksfraktionsvize Petra Pau regte die Bildung einer „unabhängigen Beobachtungsstelle Rechtsextremismus“ an. Der Innenausschuss-Vorsitzende Sebastian Edathy (SPD) forderte, dass sich die demokratischen Parteien, Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften, Verbände und Sportvereine nach dem Vorbild des Integrationsgipfels eine Strategie gegen den Rechtsextremismus überlegen sollten.

Unionsfraktionsvize Wolfgang Bosbach (CDU) sagte dem Blatt, er setze auf eine Kombination aus Strafverfolgung, Hilfe für Szene-Aussteiger und politische Bildung.

Nach Ansicht der Gewerkschaft der Polizei (GdP) muss sich die Politik als Konsequenz aus dem Anstieg „wieder um die Menschen und deren Probleme kümmern“. Dazu gehöre, auch Geld in die Hand zu nehmen, um Familien, Kindern und Jugendlichen wieder Angebote machen zu können, die verhindern, dass sie auf rechtsextreme Parolen hereinfallen, so der GdP-Chef Konrad Freiberg.



Mit kahlgeschorenen Köpfen stehen Teilnehmer einer Neonazi-Demo in Dortmund vor einem Plakat mit der Aufschrift „Nazis raus“. Foto: dpa-Archiv